

Alexander Balthasar •
Peter Bußjäger •
Klaus Poier (Hrsg.)

Herausforderung Demokratie

Themenfelder:
Direkte Demokratie,
e-Democracy und
übergeordnetes Recht

Inhaltsverzeichnis

Vorwort der Herausgeber	V
Grußworte von Landtagspräsident Albert Frick	VII
Grussworte von Sektionschef Manfred Matzka	XI

Herleitungen direkter Demokratie in Liechtenstein, Österreich und der Schweiz

Wilfried Marxer

Entwicklung der direkten Demokratie in Liechtenstein	3
--	---

Klaus Poier

Provisorisch, kompromisshaft, parteienstaatlich: zur (direkten) Demokratie in Österreich	15
---	-----------

Bernhard Ehrenzeller

Direkte Demokratie und Parlamentarismus in der Schweiz	23
I. Zusammenhang von direkter Demokratie und repräsentativer Demokratie im schweizerischen Regierungssystem	23
II. Möglichkeiten der Mitwirkung des Volkes	27
III. Würdigung: Direkte Demokratie vs. Parlamentarismus ...	30

Direkte Demokratie und »Volkssouveränität« im Spannungsfeld zu übergeordnetem Recht

Peter Bussjäger

Präventive Normenkontrolle zur Lösung des Spannungsverhältnisses zwischen direkter Demokratie und Volkssouveränität: das Beispiel Liechtenstein	35
I. Die Ausgestaltung der Referendumsdemokratie in der Liechtensteinischen Verfassung	35

A.	Allgemeine Volksrechte	36
1.	Gesetzes-/Verfassungsinitiative	36
2.	Das Referendum über Gesetzesbeschlüsse des Landtages	36
3.	Das Staatsvertragsreferendum	37
B.	Besondere Mitwirkungsrechte	37
1.	Misstrauensantrag gegen den Landesfürsten	37
2.	Initiative zur Einberufung oder Auflösung des Landtages	38
3.	Mitwirkung an der Richterwahl	38
4.	Die Initiative zur Abschaffung der Monarchie	38
C.	Die Volkssouveränität und ihre Probleme	38
II.	Die Initiative und ihre Schranken	39
III.	Die Prüfungsbefugnis des Staatsgerichtshofes und die Rolle europäischer Grundrechte	43
A.	Verfahrensfragen	43
B.	Zur materiellen Rechtsanwendung durch den Staatsgerichtshof	45
C.	Die Prüfung weiterer direktdemokratischer Instrumente durch den Staatsgerichtshof	47
IV.	Zusammenfassung	48

Theo Öhlinger

	Grenzen der direkten Demokratie aus österreichischer Sicht	49
I.	Zur aktuellen Diskussion über mehr direkte Demokratie in Österreich	49
A.	Direkte Demokratie in der Bundesverfassung	49
B.	Initiativen zu einem Ausbau des direkt-demokratischen Instrumentariums	52
C.	Das »Demokratiepaket« des Nationalrats	54
II.	Thematische Grenzen der direkten Demokratie	55
A.	Worüber nicht abgestimmt werden darf	55
B.	Die Probleme solcher Negativlisten	56
1.	Das grundsätzliche Problem einer Beschränkung des »Souveräns«	56
2.	Praktische Probleme der Anwendung von Negativlisten	57

	C. Unabstimmbare Themen im Modell des »Demokratiepakets«	59
III.	Direkte Demokratie in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union	60
 <i>Andreas Glaser</i>		
Direktdemokratisch legitimierte Grundrechtseinschränkungen		
Kantonales, bundesstaatliches und internationales Recht im Zusammenspiel		
		65
I.	Direkte Demokratie und Grundrechte: Von der Symbiose zum Gegensatz?	66
II.	Grundrechtseinschränkungen durch die Kantone auf dem Prüfstand des Bundesrechts	69
	A. Der Vorrang der Grundrechte des Bundes gegenüber dem kantonalen Recht	69
	B. Föderalismusfreundliche Rechtskontrolle durch das Bundesgericht	71
	1. Immunsierung des kantonalen Verfassungsrechts ..	71
	2. Verfassungskonforme Auslegung des kantonalen Rechts	73
	3. Enge Auslegung der Bundeskompetenzen	74
	4. Lockerungen bezüglich der formellen gesetzlichen Grundlage	75
	5. Toleranz bei der Bestimmung des öffentlichen Interesses durch die Kantone	76
	6. Kantonale Spielräume bei der Verhältnismässigkeit	77
	7. Verlagerung der Kontrolle auf nachträgliche und einzelfallbezogene Verfahren	77
III.	Bundesrechtliche Grundrechtseinschränkungen und internationales Recht	79
	A. Die Bedeutung völkerrechtlicher Grundrechtsgarantien	79
	B. Schwacher Grundrechtsbezug der Schranke des zwingenden Völkerrechts	80
	C. Kein Rangverhältnis zwischen Bundesrecht und sonstigem Völkerrecht	81

IV.	Rechtspolitische Optionen: Stärkung des Grundrechtsschutzes versus Primat der Politik	85
	A. Vorrang völkerrechtlicher Menschenrechtsvereinbarungen	85
	B. Vorrang der bundesrechtlichen Grundrechtseinschränkungen	89
V.	Entfaltung von direkter Demokratie und Grundrechten im rechtlichen status quo	92
	A. Normen der Bundesverfassung als Optimierungsgebote	92
	B. Dialog des Bundesgerichts mit dem EGMR	95
	C. Reform der EMRK	98

Direkte Demokratie und e-Democracy

Sebastian Wolf

Elektronische Demokratie in Liechtenstein:

Stand und Perspektiven	101
I. Einleitung	101
II. Begriffsbestimmungen	102
III. Zum Stand elektronischer Partizipation in Liechtenstein	109
A. eGovernment und eParticipation	110
B. Repräsentative eDemocracy	111
C. Direkte eDemocracy	113
IV. Rahmenbedingungen für elektronische Demokratie: Besonderheiten Liechtensteins	115
V. Optionen zum Ausbau von eDemocracy in Liechtenstein	118
VI. Schlussbetrachtung	121

Alexander Prosser

Elektronische Demokratie: worauf es ankommt	127
I. Eine Annäherung	127
II. Identifizierung der Beteiligten	129
A. Selbstdeklaration	129
B. Identity Provision	131

	C. Angabe identifizierender Daten	133
	D. Elektronische ID	134
III.	Beteiligung	135
	A. Beteiligung und Legitimität	135
	B. Prozesse im Massenverfahren	137
IV.	Ausblick	138

Andreas Ladner

	Demokratie 3.0 hat durchaus Potential, die Frage ist, ob wir sie auch wollen	141
I.	Demokratie 3.0 – Synthese aus der athenischen und der repräsentativen Demokratie	142
II.	E-Voting – elektronisch Wählen	143
III.	Voting Advice Applications (VAAs) – elektronisch auswählen	145
IV.	Wer bietet dieses VAAs an?	147
V.	Steigende Popularität	148
VI.	Kognitive Effekte und Einfluss auf Wahlbeteiligung und Wahlentscheid	151
VII.	Der Link zwischen E-Voting und VAAs	155
VIII.	Kritische Gedanken und Lösungsansätze	156

Demokratie im europäischen Mehrebenensystem

Alexander Balthasar

	Demokratie im europäischen Mehrebenensystem: ein Plädoyer für das Machbare	163
I.	Prolog: Die Aussagekraft der Hymne	165
	A. Die geltende Fassung und ihre Botschaft	165
	B. Die Vorfassung und ihre unterschwellige Attraktivität	166
II.	Der aktuelle Rechtsrahmen	168
	A. Darstellung	168
	B. Interpretation	170
	1. Verstärkung des demokratischen Prinzips	170
	2. Relativierung des demokratischen Prinzips I	171
	3. Relativierung des demokratischen Prinzips II	175

4.	Weitere Konturierung des demokratischen Prinzips	176
a.	Die Relevanz des traditionellen Inhaltes von »Gerechtigkeit«	176
b.	Die Relevanz der Gemeinwohlbindung	177
c.	Die Relevanz des »religiösen Erbes«	178
5.	Die Fokussierung auf die »repräsentative Demokratie«	185
C.	Zwischen-Fazit	189
D.	Zusatz-Faktor »Mehrebenen-System«	191
1.	Erste Befunde	191
2.	Auswirkungen des Großraums nach innen	191
3.	Zusammenhang zwischen Gemeinwohl und Subsidiarität	192
4.	Innere Kohärenz des Großraumes	194
a.	Die unterschiedliche Größe der Mitgliedsstaaten und das Prinzip der »degressiven Proportionalität«	195
b.	Prinzip der beweglichen Vertragsgrenzen	196
c.	Vergabe der Staatsbürgerschaft	197
5.	Lokale Spielräume	197
6.	Globales Mehrebenen-System	198
III.	Rechtspolitische Empfehlungen	199
A.	Entbehrliche Angleichung an das nationalstaatliche parlamentarische Modell	200
B.	Verstärkung der Kommunikation	201
IV.	Abschließender Hinweis	204

Dokumentation

Julia Juri • Veronika Krysl • Manuel P. Neubauer

**Tagungsbericht: Demokratiekonferenz der drei Länder
Liechtenstein, Österreich und Schweiz**

10./11. Oktober 2013, Vaduz 209

Autorenverzeichnis 231